

Israel

Stabil / Unverändert 



Religion

Bevölkerung

Fläche

- Juden : **71.9%**
- Muslime : **20.0%**
- Agnostiker : **4.3%**
- Christen : **2.3%**
- Andere : **1.5%**

8.192.000

22.072 Km²

Gesetzeslage zur Religionsfreiheit und deren faktische Anwendung

Israel wurde im Jahr 1948 gegründet und definiert sich selbst als jüdischen und demokratischen Staat.^[1] Juden aus der ganzen Welt, die bestimmte Kriterien erfüllen, können israelische Staatsbürger werden. Im Jahr 1967 nahm Israel Ostjerusalem, das Westjordanland, den Gazastreifen und die Golanhöhen ein. Bis zum heutigen Tag sind diese Gebiete umstritten; die UN-Generalversammlung, der UN-Sicherheitsrat und der Internationale Gerichtshof betrachten sie als besetzte Gebiete und Teile davon als illegal besiedelt.^[2]

Die grösste nichtjüdische Religionsgemeinschaft bilden die sunnitischen Muslime. Sie sind israelische Staatsbürger arabisch-palästinensischer Herkunft, ebenso wie die meisten Christen im Land. Letztere gehören überwiegend der Melkitischen Griechisch-katholischen Kirche und der Römisch-katholischen Kirche an; eine etwas geringere Zahl bekennt sich zur Griechisch-orthodoxen Kirche. Als weitere Minderheit ist die Gemeinschaft der Drusen in Israel vertreten, der etwa 102.000 Menschen angehören. Auf Ersuchen ihrer religiösen Oberhäupter wurde den Drusen im Jahr 1957 von der israelischen Regierung der Status einer eigenständigen ethnischen Gemeinschaft zuerkannt.^[3]

Diverse politische Ereignisse – die allerdings auch eine religiöse Komponente beinhalten – haben in jüngster Zeit zu einem Wiederaufflammen der Gewalt in Israel geführt. Im Juli 2017 eröffneten drei Männer am Löwentor in Jerusalem das Feuer und verletzten dabei zwei israelische Polizeibeamte, die der drusischen Gemeinschaft angehörten, tödlich.^[4] Daraufhin wurde der Tempelberg vorübergehend gesperrt und einige Tage später wieder geöffnet, nachdem neue Sicherheitsvorrichtungen mit Metalldetektoren aufgestellt worden waren. Die verschärften Zugangskontrollen riefen unter muslimischen Oberhäuptern Empörung hervor. Schliesslich wurden die Metalldetektoren wieder entfernt.^[5]

Die Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, die amerikanische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen und damit Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, löste eine Reihe von Protesten aus und wurde in

zahlreichen offiziellen Stellungnahmen scharf kritisiert.

Da Israel keine formelle Verfassung hat, sei bezüglich der für die Religionsfreiheit relevanten Bestimmungen auf die Unabhängigkeitserklärung von 1948 verwiesen. Dort heisst es im Text: „Der Staat Israel [...] garantiert all seinen Einwohnern vollständige Gleichheit in Bezug auf soziale und politische Rechte, unabhängig von Religion, Rasse oder Geschlecht; er gewährleistet die Freiheit der Religion, des Gewissens, der Sprache, der Bildung und der Kultur; er schützt die heiligen Stätten aller Religionen; und er ist den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu.“^[6] Des Weiteren hat der Oberste Gerichtshof entschieden, dass das Grundgesetz „Menschenwürde und Freiheit“ als Basis für die Grundfreiheiten dienen soll, zu denen auch die Religionsfreiheit zählt.^[7]

Das Judentum ist in Israel keine offizielle Staatsreligion. Die staatlichen Einrichtungen sind säkular und funktionieren nach dem Modell westlicher Demokratien. Im sozialen Umfeld überwiegen allerdings die spezifischen Regeln des Judentums (Einhaltung des Sabbats, koschere Speisen etc.), was gelegentlich zu Spannungen zwischen strenggläubigen und nichtreligiösen Juden führt. Nichtjüdische Staatsangehörige haben im Prinzip dieselben Bürgerrechte und -pflichten wie jüdische Staatsangehörige. In der Praxis können sie bei Wahlen kandidieren, politischen Parteien angehören und in die Knesset (Parlament) gewählt werden. Dennoch spielen sie im politischen Leben nur eine unbedeutende Rolle und werden – mit einigen Ausnahmen, die insbesondere die Drusen betreffen – auch nicht zum Wehrdienst eingezogen. Israels Premierminister Benjamin Netanjahu befürwortet allerdings die Aufnahme arabischer Christen in die Armee.^[8]

Der Übertritt von einer Religion zu einer anderen ist in Israel rechtmässig, doch Konvertiten müssen mit erheblichem gesellschaftlichen Druck rechnen. Alle Religionsgemeinschaften dürfen missionieren; allerdings ist es ihnen gesetzlich verboten, mit materiellen Anreizen für einen Religionswechsel zu werben. Des Weiteren ist das Bekehren von Minderjährigen untersagt, es sei denn, ein Elternteil ist bereits Mitglied der betreffenden Religionsgemeinschaft.^[9]

Angelegenheiten des Personenstandsrechts werden von der jeweiligen anerkannten Religionsgemeinschaft geregelt, der die betreffende Person angehört. Die Zivilehe gibt es in Israel nicht, aber derartige im Ausland geschlossene Ehen werden anerkannt. Nach den jüdischen Religionsgesetzen sind interreligiöse Ehen, z. B. zwischen Juden und Nichtjuden, nicht möglich. Muslimische Männer können andersgläubige Frauen heiraten, eine muslimische Frau jedoch keinen nichtmuslimischen Mann.

Vorkommnisse

Am 18. Januar 2017 kam der ständige bilaterale Arbeitsausschuss Vatikan/Israel in Jerusalem zusammen, um seine Verhandlungen entsprechend dem 1993 geschlossenen Grundlagenvertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Staat Israel ^[10] (Artikel 10 Abs. 2)^[11] fortzusetzen.

Am 20. September 2017 veröffentlichte die Versammlung der katholischen Ordinarien im Heiligen Land eine Stellungnahme, mit der sie die Schändung der Kirche des heiligen Stephanus verurteilte, die am Vortag Ziel von Vandalismus geworden war.^[12] Die Kirche gehört zum westlich von Jerusalem gelegenen Salesianer-Kloster Bet Dschemal. Die Vandalen zerschlugen eine Statue der Jungfrau Maria, zerschmetterten Kirchenfenster, die mit den Gesichtern christlicher Figuren bemalt waren, und zerstörten ein Kreuz. Nach Ansicht des Verwalters der Kirche, Pater Scudu, waren die Täter von Hass getrieben: „Sie haben alles zertrümmert.“^[13] Es war bereits der dritte Vandalismus-Anschlag auf das Kloster Bet Dschemal innerhalb der letzten fünf Jahre.

Polizeisprecher Micky Rosenfeld wies nach dem Anschlag Vorwürfe zurück, wonach die israelische Polizei bei Vandalismus-Ermittlungen nachlässig vorgehen würde: „Es hat in vorigen Fällen Festnahmen gegeben. [...] Die Leute können sagen, was sie wollen. Ein derartiger Fall hat oberste Priorität.“^[14] Er fügte hinzu, dass die meisten Fälle nicht miteinander in Zusammenhang stünden und dass es keine „Vandalismus-Zelle“ gebe, die es auf christliche oder muslimische Gebetsstätten abgesehen habe. Die Bischöfe forderten den Staat in ihrer Stellungnahme auf, die Schuldigen zu bestrafen „und das Volk dahingehend zu erziehen, dass keine vergleichbaren Straftaten begangen

werden. [... Wir hoffen,] dass alle Völker – besonders in unserem Heiligen Land – lernen, in Liebe und gegenseitigem Respekt miteinander zu leben, ganz gleich, welche Unterschiede es zwischen ihnen geben mag.“^[15]

Darüber hinaus monierte Wadie Abunassar, Berater der Versammlung der katholischen Ordinarien im Heiligen Land, dass es in den rund 80 Fällen von Vandalismus gegen Kirchen und andere christliche Stätten innerhalb der letzten zehn Jahre nur sehr wenige Festnahmen oder Anklagen gegeben habe. „Wir bekommen von allen Seiten Sympathiebekundungen und nette Worte, aber wir haben es satt. Wir wollen Verurteilungen, nicht bloss Anklagen“, so Abunassar.^[16] Auch wies er darauf hin, dass Premierminister Benjamin Netanjahu den Bischöfen weiterhin eine Antwort schuldig sei, die ihn mehrfach um ein Treffen gebeten hatten, um über die Vandalismus-Problematik zu sprechen^[17] „Wir müssen eine Protestbewegung organisieren und uns mit israelischen Politikern treffen, um deutlich zu machen, dass derartige Taten in Israel nicht akzeptiert werden dürfen.“^[18]

Seit 2009 sind in Israel und dem besetzten Westjordanland mindestens 53 Kirchen und Moscheen mutwillig beschädigt worden. Mit Stand Juli 2017 wurde lediglich in acht dieser Fälle noch ermittelt^[19] Bezüglich der hohen Zahl der unaufgeklärten Straftaten sagte Gadi Gvaryahu, Vorsitzender von Tag Meir, eines Bündnisses gemässigter religiöser Organisationen ^[20] gegenüber der Tageszeitung „Haaretz“, dass es sich um eine Frage der polizeilichen Prioritätensetzung handle: „Zweifellos suchen sie nicht gründlich genug.“^[21] Er fügte hinzu, dass manche Fälle sogar ungelöst blieben, obwohl es Filmmaterial von Überwachungskameras gebe, auf dem auch die Fahrzeuge der mutmasslichen Vandalen zu erkennen seien.

Nach dem Anschlag auf die Brotvermehrungskirche im Juni 2015, so Gvaryahu weiter, „hat jemand – allem Anschein nach der Premierminister – entschieden, dass [die Polizei die Täter] finden sollte. Und so haben sie sie gefunden.“^[22] Auf Ersuchen von Tag Meir reichte der Knesset-Abgeordnete Itzik Shmuli (Zionistische Union) bezüglich dieser Angelegenheit eine parlamentarische Anfrage ein und meinte: „Wenn in rund 85% der Fälle das Verfahren ohne Ergebnis eingestellt wird, sollten hinsichtlich der Prioritätenfolge die Alarmglocken läuten.“^[23] Der Minister für öffentliche Sicherheit, Gilad Erdan, gab in seinem Antwortschreiben an Shmuli an, die Ermittlungen wären zu dem Ergebnis gekommen, dass „[diese Anschläge] aus unterschiedlichen Motiven begangen wurden, die von Fahrlässigkeit über Geisteskrankheit bis hin zu – in Ausnahmefällen – offensichtlich vorsätzlichen Brandanschlägen reichten.“^[24] Laut Shmuli stand diese Aussage allerdings im Widerspruch dazu, dass die meisten Verfahren mit der Begründung „unbekannter Täter“ eingestellt wurden. Darüber hinaus merkte Gvaryahu an, die offizielle Erklärung liesse die Tatsache unberücksichtigt, dass an den meisten Tatorten auch Hass-Schmierereien vorgefunden wurden; demzufolge sei Erdans Schreiben „weit von der Realität entfernt“.^[25] Nachdem die Welle des Vandalismus 2013 einen Höhepunkt erreichte, wurden 2016 drei Anschläge verzeichnet und weitere vier in der ersten Hälfte des Jahres 2017^[26]

Als Reaktion auf US-Präsident Trumps Entscheidung, die Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen und damit Jerusalem als Hauptstadt anzuerkennen, sagte der Bürgermeister von Nazareth, Ali Salam, aus Protest die Weihnachtsfeierlichkeiten ab: „Um unsere Identität und unseren Glauben lässt sich nicht feilschen. [Präsident Trumps] Entscheidung hat uns die Festtagsfreude genommen, und wir werden die Feierlichkeiten dieses Jahr absagen.“^[27] Salam ruderte allerdings kurz darauf zurück und erklärte: „[Ich] lade alle Einwohner des Staates Israel – Juden, Muslime und Christen – ein, in die Stadt Nazareth zu kommen und an den Weihnachtsfeierlichkeiten teilzunehmen. Nazareth ist die Stadt des Friedens und der Brüderlichkeit zwischen Religionen und Nationen, und es gibt nichts Besseres als die Festtagsstimmung und das gemeinsame Erleben, um dies zu beweisen.“^[28]

Anfang Februar 2018 gab die Jerusalemer Stadtverwaltung bekannt, dass für 887 Gebäude im Besitz verschiedener Kirchen und UN-Institutionen die Gemeindesteuer geschuldet würde – obwohl die betroffenen Gebäude bislang von derartigen Abgaben befreit waren.^[29] Aus Protest wurde die Grabeskirche, die als Stätte von Jesu Kreuzigung und Begräbnis verehrt wird, geschlossen.^[30] Infolge einer offiziellen Stellungnahme, mit der die Stadtverwaltung die Aussetzung „der in den vergangenen Wochen ergriffenen Steuererhebungsmassnahmen“^[31] bekannt gab, wurde die Kirche wieder geöffnet.^[32] Das Büro des Premierministers liess verlauten, dass die israelische Regierung gemeinsam mit Vertretern der Kirchen eine Lösung finden wolle. Zu diesem Zweck werde eine Kommission unter der Leitung des Ministers für regionale Zusammenarbeit, Tzachi Hanegbi, eingesetzt, um über die Pläne zur Besteuerung von

Gewerbeimmobilien in Kirchenbesitz in Jerusalem zu verhandeln.^[33] Darüber hinaus werde sich die Kommission auch mit dem strittigen Thema kirchlicher Immobilien beschäftigen, die Gegenstand von in der Vergangenheit zwischen Kirche und Staat geschlossenen Langzeitverträgen sind und über den Jüdischen Nationalfonds vermietet wurden!^[34]

Nach Angaben von Jerusalems Bürgermeister Nir Barkat schuldeten die Kirchen der Stadt rund 650 Mio. Schekel (umgerechnet ca. 176 Mio. CHF) Grundsteuer aus gewerblich genutzten Immobilien. Kirchenvertretern zufolge waren entsprechende Betriebe (z. B. Hotels und Büroräume) jedoch in der Vergangenheit immer von der Steuer befreit. Im Hinblick auf die angekündigten Verhandlungen liess das Büro des Premierministers verlauten, die Diskussion über ein Gesetz, mit dem der Staat Israel die Möglichkeit hätte, Besitz zu enteignen, den Kirchen in jüngster Zeit an private Immobiliengesellschaften verkauft haben, sei zunächst auf Eis gelegt.^[35] Für die Kirchen, die in Jerusalem grossen Grundbesitz halten, würde ein derartiges Gesetz den Verkauf ihres Landes erschweren. Sie nutzen derartige Einkünfte, um die Betriebskosten für ihre religiösen Einrichtungen zu decken.^[36] Jordanien, das als Verwalter der Heiligen Orte in Jerusalem fungiert, verteidigte die Position der Jerusalemer Kirchen und gab bekannt, dass das Land „dieses ernste Thema“ genau beobachte.^[37]

Am 15. Februar 2018 traf der palästinensische Aussenminister Riyad al-Maliki im Vatikan mit Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin und dem Sekretär für die Beziehungen zu Staaten, Erzbischof Paul Richard Gallagher, zusammen. Er betonte, wie wichtig es sei, dass der Heilige Stuhl eine Konferenz über Jerusalem einberufe. In deren Rahmen könnten die führenden Vertreter aller christlichen Kirchen und Gemeinschaften die Bedeutung bekräftigen, welche die Stadt, in der Christus gekreuzigt wurde und wiederauferstanden ist, für Christen hat.^[38]

Am 25. März 2018 gingen israelische Soldaten im Rahmen der traditionellen Palmsonntagsprozession in Jerusalem hart gegen palästinensische Christen vor und verboten ihnen, die Flagge Palästinas mit sich zu tragen!^[39] Aufgrund von Sicherheitsbedenken hatte Israel angekündigt, dass nur Christen ab 55 Jahren in die Jerusalemer Altstadt eingelassen würden, um dort das Osterfest zu feiern. Die rund 1.000 Christen aus dem Gazastreifen, die überwiegend der Griechisch-orthodoxen Kirche angehören, erhielten von den Behörden überhaupt keine Reisegenehmigung!^[40]

Am 1. Juni 2018 ereignete sich in Bethlehem ein Angriff auf den Franziskanerpater Fadi Shalufa, der für die Kapelle der Milchgrotte zuständig ist.^[41] Der Pater hatte einer Gruppe Pilger, die von zwei jungen Männern belästigt wurden, in der Kapelle Zuflucht gewährt und anschliessend das Tor geschlossen. Die ausgesperrten Angreifer wurden daraufhin laut, und einer von ihnen schlug mit einem stumpfen Gegenstand nach Pater Shalufa; der Franziskaner wurde jedoch nicht verletzt. Wadie Abunassar, Sprecher der Versammlung der katholischen Ordinarien im Heiligen Land, dankte den palästinensischen Behörden in diesem Zusammenhang für ihr rasches Eingreifen.^[42]

Perspektiven für die Religionsfreiheit

In Israel sind politische und religiöse Angelegenheiten eng miteinander verwoben. Die israelischen Christen stecken dabei gewissermassen in der Klemme – zwischen ultraorthodoxen Juden auf der einen Seite und islamischen Extremisten auf der anderen. Die allgemeinen Spannungen in der Region und der andauernde Bürgerkrieg in Syrien machen die Suche nach einer friedlichen Lösung nicht leichter.

Im April 2016 sagte der lateinische Patriarch Fouad Twal, Israel bezeichne sich zwar selbst als säkularen und demokratischen Staat, verhalte sich tatsächlich aber zunehmend wie ein jüdisches Militärregime.^[43] „Es ist das erste Mal“, so der Patriarch weiter, „dass eine christliche Minderheit in einem jüdischen Staat lebt – mit allen Konsequenzen, die ein Dasein als Minderheit mit sich bringt; und es ist der erste Fall in der Geschichte, in dem eine jüdische Mehrheit einen Staat hat. Doch diese Mehrheit verhält sich – und verteidigt sich – weiterhin so, als ob sie die Minderheit wäre, und erliegt dabei der Versuchung, sich wie ein theokratischer, von der Bibel inspirierter Staat zu gebärden, anstatt als säkularer Staat aufzutreten.“^[44] Häufig besteht in Israel auch eine Verbindung zwischen Religion und Nationalismus, was wiederum Probleme für religiöse Minderheiten mit sich bringt. So sind z. B. Verletzungen der religiösen Rechte von Muslimen und Christen im Land häufig eher auf politische Faktoren als auf eine besondere religiöse Motivation

zurückzuführen. Allerdings gibt es auch Tendenzen innerhalb von Gruppierungen am äussersten rechten Rand des politischen Spektrums, Nicht-Juden und ihre Einrichtungen einzig aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit anzugreifen.

„In Israel sind politische und religiöse Angelegenheiten eng miteinander verwoben. Die israelischen Christen stecken dabei gewissermassen in der Klemme – zwischen ultraorthodoxen Juden auf der einen Seite und islamischen Extremisten auf der anderen. Die allgemeinen Spannungen in der Region und der andauernde Bürgerkrieg in Syrien machen die Suche nach einer friedlichen Lösung nicht leichter.“

| Endnoten / Quellen

[1] Die „Grundgesetze und die Unabhängigkeitserklärung bezeichnen Israel als ‚jüdischen und demokratischen Staat‘“. <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2008/israel> (abgerufen am 12. Juli 2018).

[2] Etwas komplizierter ist die Sachlage im Gazastreifen: Israel behauptet, den Gazastreifen nicht länger zu besetzen, kontrolliert aber trotzdem sechs von sieben Landgrenzen, sowie die Meereszonen und den Luftraum. Siehe dazu Iain Scobbie, „Southern Lebanon“, in Elizabeth Wilmshurst (Hrsg.), *International Law and the Classification of Conflicts*, Oxford, Oxford University Press, 2012, S. 295.

[3] Charlie Hoyle, „Who are Israel's Druze community?“, *The New Arab*, 18. Juli 2017, <https://www.alaraby.co.uk/english/indepth/2017/7/18/who-are-israels-druze-community> (abgerufen am 29. Juni 2018).

[4] Omri Ariel, „Temple Mount terrorists named, identified as 3 Israeli Arabs from Umm al-Fahm“, *Jerusalem Online*, 14. Juli 2017, <http://www.jerusalemonline.com/news/middle-east/israeli-palestinian-relations/3-temple-mount-terrorists-identified-as-israeli-arabs-29717> (abgerufen am 21. Juni 2018).

[5] Udi Shaham, „Muslim authority protests Temple Mount security measures, blocks entrance“, *The Jerusalem Post*, 16. Juli 2017, <https://www.jpost.com/Arab-Israeli-Conflict/Temple-Mount-reopens-for-prayer-following-deadly-Friday-attack-499842> (abgerufen am 20. Juni 2018).

[6] „Declaration of Establishment of State of Israel“, Israel Ministry of Foreign Affairs, 14. Mai 1948, www.mfa.gov.il/mfa/foreignpolicy/peace/guide/pages/declaration%20of%20establishment%20of%20state%20of%20israel.aspx (abgerufen am 22. Juni 2018).

[7] „Basic Law: Human Dignity and Liberty“, The Knesset, 17. März 1992, https://www.knesset.gov.il/laws/special/eng/basic3_eng.htm (abgerufen am 20. Juni 2018).

[8] „Netanyahu Lauds Christians Serving in Israeli Army“, *Haaretz*, 15. Dezember 2014, <http://www.haaretz.com/israel-news/.premium-1.631807> (abgerufen am 23. Juni 2018).

[9] Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, „Israel and the Occupied Territories“, *International Religious Freedom Report for 2016*, US Department of State, <https://www.state.gov/j/drl/rls/irf/2016/> (abgerufen am 21. Juni 2018).

[10] Fundamental Agreement-Israel-Holy See, Israel Ministry of Foreign Affairs, 30. Dezember 1993, <http://mfa.gov.il/MFA/MFA-Archive/1993/Pages/Fundamental%20Agreement%20-%20Israel-Holy%20See.aspx> (abgerufen am 20. Juni 2018).

[11] „Zum Zwecke der besagten Verhandlungen wird der ständige bilaterale Arbeitsausschuss einen oder mehrere bilaterale Experten-Untergruppen einsetzen, um Probleme zu erörtern und entsprechende Vorschläge zu machen.“ In *Fundamental Agreement-Israel-Holy See*, op. cit.

[12] "Holy Land Christians condemn wave of church desecrations", Catholic News Service, 27. September 2017, <http://www.catholicherald.co.uk/news/2017/09/27/holy-land-christians-condemn-wave-of-church-desecrations/> (abgerufen am 24. Juni 2018).

[13] Ibid.

[14] Ibid.

[15] Ibid.

[16] Ibid.

[17] Ibid.

[18] Claire Bastier, "Une nouvelle église cible d'exactions en Israël", La Croix, 21. September 2017, <https://www.la-croix.com/Religion/Judaisme/nouvelle-eglise-cible-dexactions-Israel-2017-09-21-1200878659> (abgerufen am 20. Juni 2018).

[19] Yotam Berger, Nir Hasson, "53 Mosques and Churches Vandalized in Israel Since 2009, but Only 9 Indictments Filed", Haaretz, 24. September 2017, <https://www.haaretz.com/israel-news/53-mosques-churches-vandalized-in-israel-only-9-indictments-filed-1.5452856> (abgerufen am 23. Juni 2018).

[20] Dem Bündnis Tag Meir gehören mehr als 50 Organisationen an, die mit vereinten Kräften gegen rechtsextremistische Ideologien in jüdischen Kreisen kämpfen. "Tag Meir", Inter Agency Task Force on Israeli Arab Issues, <http://www.iataskforce.org/entities/view/1158> (abgerufen am 22. Juni 2018).

[21] "Gadi Gvaryahu", Tag Meir, <http://www.tag-meir.org.il/en/about/team/> (abgerufen am 25. Juni 2018); "Our Vision", Tag Meir, <http://www.tag-meir.org.il/en/about/our-vision/> (abgerufen am 25. Juni 2018).

[22] Yotam Berger and Nir Hasson, "53 Mosques and Churches Vandalized in Israel Since 2009, but Only 9 Indictments Filed", Haaretz, 24. September 2017, <https://www.haaretz.com/israel-news/53-mosques-churches-vandalized-in-israel-only-9-indictments-filed-1.5452856> (abgerufen am 25. Juni 2018).

[23] Ibid.

[24] Ibid.

[25] Ibid.

[26] Bei den 17 Fällen im Zeitraum 2009-2012 kam es zu keiner einzigen Anklage. Siehe Yotam Berger und Nir Hasson, op. cit.

[27] Stoyan Zaimov, "Muslim Mayor of Nazareth Limits Christmas, Says Trump's Jerusalem Move Has 'Taken Away the Joy'", The Christian Post, 15. Dezember 2017, <https://www.christianpost.com/news/muslim-mayor-of-nazareth-limits-christmas-says-trumps-jerusalem-move-has-taken-away-the-joy-210274/> (abgerufen am 24. Juni 2018).

[28] "Nazareth's Muslim mayor reinstates Christmas", The Times of Israel, 16. Dezember 2017, <https://www.timesofisrael.com/nazareth-mayor-backtracks-after-canceling-christmas-festivities-to-protest-trump/> (abgerufen am 20. Juni 2018).

[29] Nir Hasson, "Churches Fume as City of Jerusalem Claims \$186 Million in Overdue Tax", Haaretz, 7. Februar 2018, <https://www.haaretz.com/israel-news/.premium-churches-fume-as-city-of-jerusalem-claims-186-million-in-overdue-tax-1.5803236> (abgerufen am 23. Juni 2018).

[30] Andrea Krogmann, "Jerusalem: background to the closure of the church of the Holy Sepulchre", Aid to the Church in

Need, März 2018, <https://acninternational.org/featured/jerusalem-background-closure-church-holy-sepulchre/> (abgerufen am 20. Juni 2018).

[31] Ori Lewis, Mustafa Abu Ghaneyeh, "Jerusalem Suspends Tax Plan That Shuttered Church of Holy Sepulchre", Charisma News, 28. Februar 2018, <https://www.charismanews.com/opinion/standing-with-israel/69806-jerusalem-suspends-tax-plan-that-shuttered-church-of-holy-sepulchre> (abgerufen am 20. Juni 2018).

[32] "Jerusalem's Church of Holy Sepulchre to reopen after protest", Reuters, 27. Februar 2018, <https://af.reuters.com/article/worldNews/idAFKCN1GB1YN> (abgerufen am 24. Juni 2018).

[33] "The re-opening of the Church of the Holy Sepulchre. A government commission will address disputes over church properties", Agenzia Fides, 28. Februar 2018, <http://fides.org/en/news/63824> (abgerufen am 23. Juni 2018).

[34] Ibid.

[35] Ori Lewis, Mustafa Abu Ghaneyeh, "Jerusalem Suspends Tax Plan That Shuttered Church of Holy Sepulchre", Charisma News, 28. Februar 2018, <https://www.charismanews.com/opinion/standing-with-israel/69806-jerusalem-suspends-tax-plan-that-shuttered-church-of-holy-sepulchre> (abgerufen am 20. Juni 2018).

[36] Ibid.

[37] "Jordan 'following closely' on Jerusalem churches case after tax suspension", The Jordan Times, 27. Februar 2018, <http://jordantimes.com/news/local/jordan-following-closely'-jerusalem-churches-case-after-tax-suspension> (abgerufen am 20. Juni 2018).

[38] "Palestinian Minister at the Vatican: 'We would like the Holy See lead a Conference on Jerusalem'", Agenzia Fides, 17. Februar 2018, <http://fides.org/en/news/63764> (abgerufen am 24. Juni 2018).

[39] "Israeli Soldiers Attack Palestinian Christians during Palm Sunday Procession", Palestine Chronicle, 26. März 2018, <http://www.palestinechronicle.com/israeli-soldiers-attack-palestinian-christians-palm-sunday-procession/> (abgerufen am 20. Juni 2018).

[40] Tania Krämer, "Israel denies Easter travel permits to Gaza Christians", Deutsche Welle, 30. März 2018, <http://www.dw.com/en/israel-denies-easter-travel-permits-to-gaza-christians/a-43198714> (abgerufen am 20. Juni 2018).

[41] "Bethlehem, a Franciscan priest attacked for defending the pilgrims", Agenzia Fides, 4. Juni 2018, http://www.fides.org/en/news/64292-ASIA_HOLY_LAND_Bethlehem_a_Franciscan_priest_attacked_for_defending_the_pilgrims (abgerufen am 22. Juni 2018).

[42] Ibid.

[43] "The Latin Patriarch of Jerusalem: Israel behaves as a theocratic Stat", 15. April 2016, Agenzia Fides, http://www.fides.org/en/news/59835-ASIA_HOLY_LAND_The_Latin_Patriarch_of_Jerusalem_Israel_behaves_as_a_theocratic_State (abgerufen am 29. Juni 2018).

[44] Ibid.